



## Die weltweite Rangliste der Pressefreiheit ist auf dem tiefsten Stand seit ihrer Einführung vor 25 Jahren

Genf/Zürich, 30. April 2026 – Erstmals in der 25-jährigen Geschichte der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (RSF) ist die Situation der Pressefreiheit in über der Hälfte aller Länder weltweit «schwierig» oder «sehr schwierig». Seit der ersten Ausgabe der Rangliste im Jahr 2002 war der Durchschnittswert der Pressefreiheit in allen 180 erfassten Ländern nicht so tief wie heute. Das Recht auf Information ist in diesem Jahrtausend in vielen Ländern schrittweise erodiert, insbesondere durch die Einführung von restriktiven Gesetzen, die die Arbeit von Medienschaffenden oft stark erschweren. Das ist selbst in demokratischen Gesellschaften zu beobachten. Entsprechend wenig erstaunlich ist der diesjährige Befund, dass der juristische Indikator der Rangliste der Pressefreiheit weltweit am stärksten abgenommen hat. Das sehen wir als Zeichen dafür, dass der Journalismus weltweit immer stärker kriminalisiert wird. Besonderes Augenmerk gilt dem amerikanischen Kontinent. Die USA rutscht um weitere sieben Plätze zurück, und viele Länder Lateinamerikas versinken tiefer in der Spirale von Repression und Gewalt gegen Medienschaffende.

### Die fünf wichtigsten Erkenntnisse des diesjährigen Rankings

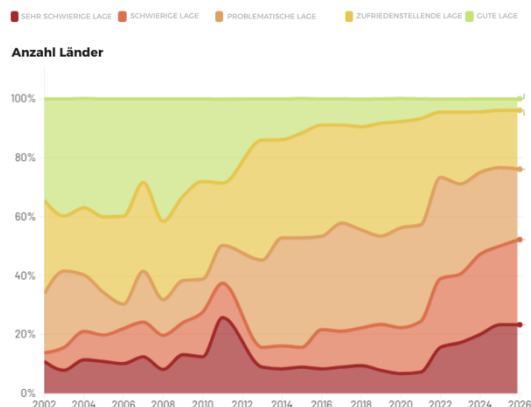
- Der Durchschnittsscore aller Länder war noch nie so tief. Erstmals in der 25-jährigen Geschichte der RSF-Rangliste fallen über die Hälfte aller Länder weltweit (94) in die Kategorien «schwierig» oder «sehr schwierig».
- Von den fünf Indikatoren, die zur Ermittlung der Pressefreiheit dienen (wirtschaftlicher, juristischer, sicherheitstechnischer, politischer und gesellschaftlicher Aspekt) nimmt der juristische Indikator am markantesten ab.
- Die **USA** verlieren im Vergleich zum Vorjahr sieben weitere Plätze und belegen den 64. Platz – so tief war das Land noch nie rangiert. Damit reihen sich die USA in einen beunruhigenden Trend in Nord-, Mittel- und Südamerika ein. Länder wie Ecuador oder Peru haben ebenfalls einige Plätze verloren.
- **Norwegen** belegt zum zehnten Mal in Folge den Spitzenplatz. **Eritrea** hingegen rangiert zum dritten Mal in Folge am Tabellenende.
- Den bemerkenswertesten Fortschritt machte **Syrien**, das 36 Plätze nach vorne rückt und neu auf Rang 141 liegt. Damit befindet sich das Land immer noch unter den Ländern, in denen die Situation der Pressefreiheit als «sehr schwierig» eingestuft wird, steht aber mittlerweile deutlich besser dar als noch in Zeiten des Langzeitmachthabers Bashar al-Assad.

## Der tiefste durchschnittliche Score in einem Vierteljahrhundert

Seit RSF die [Rangliste der Pressefreiheit](#) vor 25 Jahren zum ersten Mal veröffentlichte, hat die Pressefreiheit global schrittweise und kontinuierlich abgenommen. Dieser Rückgang ist auch auf der Karte von RSF sichtbar, die den Zustand der Pressefreiheit grafisch darstellt: Sie wird jedes Jahr noch roter. Noch immer werden Medienschaffende getötet oder inhaftiert, nur weil sie ihrem Job nachgingen. Dabei haben sich aber die Taktik und die Strategien, die Pressefreiheit zu unterminieren, laufend verändert. Der Journalismus wird durch einen feindseligen politischen Diskurs gegenüber Medienschaffenden förmlich erstickt, durch eine fragile wirtschaftliche Situation geschwächt und durch Gesetze, die als Waffe gegen die Presse eingesetzt werden, weiter unter Druck gesetzt.

### In mehr als der Hälfte aller Länder weltweit ist die Lage der Pressefreiheit schwierig oder sehr schwierig

Im Jahr 2026



Quelle: Reporter ohne Grenzen (RSF) + Daten aus der jährlichen weltweiten Rangliste der Pressefreiheit von RSF.  
Methodische Anpassungen in den Jahren 2012, 2013 und 2022.



### Zum ersten Mal in einem Vierteljahrhundert:

- War der allgemeine Score aller erfassten Länder so tief wie heute
- In über der Hälfte aller Länder und Gebiete (52.2%) ist der Zustand der Pressefreiheit als «schwierig» oder «sehr schwierig» einzustufen. Noch im Jahr 2002 waren es nur 13.7%
- Im Jahr 2002 lebten 20% der Weltbevölkerung in Ländern, in denen der Zustand der Pressefreiheit als durchwegs «gut» eingestuft werden konnte. Heute, 25 Jahre später, lebt nur noch 1% der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Pressefreiheit als «gut» kategorisiert werden kann.

### Kriege und eingeschränkter Zugang zu Informationen

In einigen Ländern wie dem **Irak** (162, -7), dem **Sudan** (161, -5) oder dem **Jemen** (165, -10) sind wiederkehrende bewaffnete Konflikte der Hauptgrund für den Rückgang der Pressefreiheit. Laufende Kriege hatten in den vergangenen zwölf Monaten einen starken Einfluss auf die Arbeit der Medienschaffenden, etwa in den **palästinensischen Gebieten**, wo die israelische Regierung rund um Benjamin Netanjahu nach wie vor Krieg führt und militärisch aktiv ist. **Israel** rutscht in der Rangliste denn auch um vier weitere Plätze zurück und belegt nun Rang 116. Seit Oktober 2023

wurden allein im Gazastreifen mehr als 220 Medienschaffende von der israelischen Armee getötet, darunter 70 in Ausübung ihres Berufs.

Ein Rückgang aus denselben Gründen ist auch in den Ländern Sudan (161, -5) und **Südsudan** (118, -9) zu beobachten.

In anderen Ländern wurde die Pressefreiheit in den vergangenen zwölf Monaten stark durch diktatorische Regime unterdrückt, was dazu führt, dass sich die besagten Länder nach wie vor am Ende des Klassements befinden. Das betrifft insbesondere **China (Rang 178)**, **Nordkorea (Rang 179)** und **Eritrea (Rang 180)**. In Eritrea etwa wird der Journalist Dawit Isaak seit mittlerweile 25 Jahren im Gefängnis gehalten, ohne dass er Möglichkeiten auf eine Gerichtsverhandlung hat.

Hinsichtlich des Risikos und der Gefahr, getötet zu werden, sind Osteuropa (wegen des Krieges in der Ukraine) sowie der Nahe Osten (wegen der Kriege in Gaza, im Libanon und im Iran) die gefährlichsten Regionen für Journalistinnen und Journalisten. Das zeigt sich insbesondere im Falle **Russlands** (Rang 172), wo Präsident Wladimir Putin nach wie vor an seinem Aggressionskrieg gegen die Ukraine festhält. Russland bleibt dabei eines der Länder, in denen es um die Pressefreiheit am schlechtesten steht. Auch der **Iran** (177, -1) befindet sich am Ende des Klassements, da das Regime die Pressefreiheit stark unterdrückt und das Land gleichzeitig durch den US-israelischen Angriff in einen neuerlichen Krieg verwickelt wurde.

Aufgrund von politischen Veränderungen und repressiven Regimen hat der Informationsraum auch in weiteren Ländern in den letzten 25 Jahren stark gelitten. Das ist insbesondere in **Hongkong** zu beobachten, das seit 2002 um 122 Plätze zurückgefallen ist und aktuell auf Rang 140 liegt. Der Grund dafür liegt vor allem in der immer strenger Kontrolle Chinas über das Territorium. Auch **El Salvador** verlor seit 2014, seit dem Start des Kampfes gegen die Gangs, die sogenannten «Maras», ganze 105 Plätze und belegt nun Rang 143. Auch **Georgien** verlor seit 2021 ganze 75 Plätze und liegt neu auf Rang 135 – vor allem, weil die Repressionen und der Kampf gegen die unabhängige Presse in den letzten Jahren im Land stark zugenommen haben.

Der markanteste Rückgang der Pressefreiheit in der Rangliste von 2026 ist derweil in **Niger** (Rang 120) zu beobachten: Das Land verlor im Vergleich zum Vorjahr 37 Plätze. Diese negative Entwicklung unterstreicht den Rückgang der Pressefreiheit in der gesamten Sahel-Region in den letzten Jahren. Der Grund dafür liegt in einer wachsenden Anzahl Angriffe von bewaffneten Gruppierungen und herrschenden Militärjuntas, die das Recht auf vielfältige und unabhängige Information stark unterdrücken.

Im Nahen Osten zahlt **Saudi-Arabien** (176, -14) den Preis für die wiederholten Angriffe der Behörden auf die freie Presse im Jahr 2025. Darunter fällt insbesondere die Hinrichtung des Journalisten Turki al-Jasser am 14. Juni 2025. Gleichzeitig konnte sich die Situation in **Syrien** seit dem Sturz von Bashar al-Assad im Dezember 2024 und der darauffolgenden politischen Transformation etwas erholen, sodass das Land nun von Rang 177 auf Rang 141 vorrücken konnte. Zuvor war Syrien während zehn Jahren stets am Ende der Rangliste.

**Die Kriminalisierung des Journalismus erreicht neue Höhen**

Der juristische Indikator der Rangliste der Pressefreiheit sah in den vergangenen zwölf Monaten weltweit den stärksten Rückgang. In über 60% aller Länder verschlechterte sich zwischen 2025 und 2026 die juristische Situation der Pressefreiheit (in 110 von 180 erfassten Ländern und Gebieten). Das ist etwa in **Indien** (157, -6), **Ägypten** (169, +1), **Israel** (116, -4) oder in **Georgien** (135, -21) der Fall. Die Kriminalisierung des Journalismus wird immer mehr zum globalen Phänomen und drückt sich vor allem durch die Umgehung von Gesetzen aus, die Pressefreiheit eigentlich garantierten, sowie durch den Missbrauch von Notstandsgesetzen, die gegen die Presse angewendet werden.

25 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den **USA** ist die Ausweitung des Geltungsbereichs von Nationaler Sicherheit in vielen Ländern zu einem weit verbreiteten Mittel geworden, um die Berichterstattung über Themen von öffentlichem Interesse zu unterbinden. Dieser Trend ist vor allem in autoritär regierten Ländern zu beobachten, hat aber auch in Demokratien Anklang gefunden. Diese Strategie geht oft Hand in Hand mit der missbräuchlichen Anwendung von Gesetzen gegen Journalistinnen und Journalisten, insbesondere unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung.

Unter den Ländern, in denen es praktisch keine unabhängige Presse mehr gibt, hat sich vor allem **Russland** (172, -1) unter Wladimir Putin darin spezialisiert, mit Gesetzen die Pressefreiheit einzuschränken, die eigentlich gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus gerichtet sind. Im April 2026 sind deswegen in Russland 48 Medienschaffende inhaftiert. Diejenigen Journalistinnen und Journalisten, die nach wie vor ihrer Arbeit nachgehen wollen, werden ins Exil gezwungen. Doch auch dort sind sie vor der gerichtlichen Verfolgung ihres Heimatlandes nicht sicher, da diese [sich weit über die russischen Landesgrenzen erstreckt](#).

Eine ähnliche Taktik, Massnahmen zur nationalen Sicherheit zu instrumentalisieren, ist auch im benachbarten **Belarus** (165, +1) sowie in Ländern wie **Myanmar** (166, +3), **Nicaragua** (168, +4) oder **Ägypten** (169, +1) zu beobachten. Auch in der Region der Afrikanischen Grossen Seen (Ruanda, Burundi, Uganda, DR Kongo, Tansania, Kenia) wurde bis im April 2026 eine Journalistin, Sandra Muhoza, [gefangen gehalten](#), da sie in ihrem Heimatland **Burundi** (119, +6) «die Integrität der nationalen Sicherheit unterminiert» habe. Am 13. April kam Muhoza aber glücklicherweise frei. Gleichzeitig sind in **Äthiopien** (148, -4) – dem Land, in dem die Afrikanische Union ihren Sitz hat – vier Medienschaffende unter Anklage von «Terrorismus» seit drei Jahren inhaftiert.

Auch in demokratischen Ländern wird der gesetzliche Würgegriff um die Presse zunehmend enger. In **Japan** (Platz 62, +4) erschweren Gesetze zur staatlichen Geheimhaltung die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten. Unter anderem auch deshalb, weil angemessene Schutzmassnahmen für den Quellenschutz sowie für die redaktionelle Unabhängigkeit der Medien fehlen. In den **Philippinen** (Platz 114, +2), auf dem Papier eine Demokratie, dienten zudem Terrorismusvorwürfe als Vorwand, um unabhängige Medienschaffende zum Schweigen zu bringen, darunter die bekannte Journalistin [Frenchie Mae Cumpio](#). Sie wurde trotz fehlender Beweise verurteilt, wie eine Untersuchung von RSF [aufgedeckt hat](#). In **Hongkong** (Platz 140) ermöglichte das drakonische Gesetz zur nationalen Sicherheit den Behörden, den bekannten Medienmanager und Journalisten Jimmy Lai zu inhaftieren. Erst kürzlich

wurde der heute 78-Jährige [zu 20 Jahren Haft verurteilt](#) – die schwerste Strafe, die jemals gegen einen Journalisten in diesem Gebiet verhängt wurde.

In der **Türkei** (163, -4) sind [Anti-Terror-Gesetze](#) nicht die einzigen rechtlichen Instrumente, mit denen die Pressefreiheit unterminiert wird. Unter der Herrschaft von Recep Tayyip Erdogan werden auch Anklagepunkte wie «Desinformation», «[Präsidentenbeleidigung](#)» oder «Verunglimpfung staatlicher Institutionen» regelmässig instrumentalisiert, um den Journalismus zu unterdrücken und Medienschaffende zu inhaftieren.

In Nordafrika ist beispielsweise **Tunesien** (137, -8) keine Ausnahme dieses globalen Trends der legalen Kriegsführung, der sogenannten «lawfare». Das tunesische [Decree-Law 54](#) zu «Falschinformationen» hat faktisch dazu geführt, dass regierungskritischer Journalismus [kriminalisiert](#) wird. Gleichzeitig wurden Medienhäuser [suspendiert](#) oder sehen sich mit wiederholten rechtlichen Verfahren konfrontiert, die die wachsende [Instrumentalisierung des Justizsystems gegen Medienschaffende](#) widerspiegeln.

### Missbräuchliche Gerichtsverfahren und Druck auf öffentliche Medien

Der Rückgang des rechtlichen Indikators in der Rangliste von diesem Jahr lässt sich auch durch die Zunahme von sogenannten SLAPP-Klagen gegen Medien oder Medienschaffenden erklären. Dabei handelt es sich um strategische Klagen gegen mediale Berichterstattung, um deren Recherchen zu unterbinden – sei das in **Bulgarien** (71, -1) oder **Guatemala** (128, +10), wo der bekannte Journalist José Rubén Zamora lange Zeit inhaftiert war. In **Indonesien** (129, -2), **Singapur** (123) oder **Thailand** (92, -7) nutzen politische und wirtschaftliche Eliten das Justizsystem ebenfalls aus, das in den jeweiligen Ländern nicht in der Lage ist, die Presse ausreichend zu schützen. Diese juristisch missbräuchlichen Taktiken sind auch in vergleichsweise gut klassierten Ländern zu beobachten, etwa in **Frankreich** (25).

Die Politik hat es bislang versäumt, strukturelle Lösungen zu diesen vielfältigen physischen oder juristischen Herausforderungen, denen Medienschaffende weltweit ausgesetzt sind, bereitzustellen. In 80% aller betrachteter Länder sind Schutzmechanismen zugunsten der freien und unabhängigen Presse entweder inexistent oder ineffektiv und unzureichend. Innerhalb der EU gibt es zwar mit dem European Media Freedom Act (EMFA) eine rechtliche Garantie für die Unabhängigkeit und nachhaltige Existenz von Medien – vor allem öffentlich-rechtlichen. Doch der EMFA wird bereits regelmässig von nationalen legislativen Projekten [unterminiert](#), wie es beispielsweise unter der Regierung von Viktor Orban in **Ungarn** (74, -6) der Fall war. Auch in besser klassierten Ländern wie der **Slowakei** (37, +1), **Litauen** (15, -1) oder **Tschechien** (11, -1) sind ähnliche Versuche zu beobachten.

### Nord-, Mittel- und Südamerika kämpfen mit politischer Gewalt und Sicherheitsproblemen

Der Rückgang im Gesamtranking aller 28 Länder in Nord-, Mittel- und Südamerika (-14 Punkte) seit 2022 entspricht in etwa dem Rückgang in den beiden für Medienschaffenden gefährlichsten Regionen der Welt, in Osteuropa und Zentralasien einerseits, sowie im Nahen Osten und Nordafrika andererseits. Trotz einiger Verbesserungen in der Region in den letzten Jahren, insbesondere in **Brasilien** (52, +11), ist die

allgemeine Tendenz in Nord-, Mittel- und Südamerika in der jüngsten Vergangenheit geprägt von zunehmender Gewalt, die vor allem von zwei Akteuren ausgeht: vom organisierten Verbrechen und von politischen Akteuren.

Und **US**-Präsident [Donald Trump](#) hat seinen wiederholten Angriffen gegen die Presse und gegen Medienschaffenden eine Systematik verschafft, die die USA in der Rangliste auf Rang 64 zurückgeworfen haben (-7 Plätze). Die Inhaftierung des salvadorianischen Journalisten [Mario Guevara](#), der später deportiert wurde, steht sinnbildlich für die Verschlechterung einer ohnehin schon angespannten Sicherheitslage für Medienschaffende, die von zunehmender [Polizeigewalt](#) geprägt ist. Darüber hinaus hatten die drastischen Budgetkürzungen der [Belegschaft der US Agency for Global Media \(USAGM\)](#) Auswirkungen rund um den Globus, die bis zur Schliessung, Suspendierung oder drastischen Verkleinerung der internationalen Rundfunkanstalten wie *Voice of America (VOA)*, *Radio Free Europe/ Radio Liberty (RFE/RL)* und *Radio Free Asia (RFA)* geführt haben – Sender, die in zahlreichen Ländern die oft letzte Quelle von vertrauenswürdigen Informationen darstellten.

Der argentinische Präsident Javier Milei oder der salvadorianische Präsident Nayib Bukele – Donald Trumps glühendste Anhänger in Lateinamerika – haben sich in ihrem Umgang mit den Medien am Weissen Haus orientiert, mit erwartungsgemäss ähnlichen Resultaten. **Argentinien** (98, - 11) sowie **El Salvador** (143, -8) haben sichtbare Rückschritte gemacht, die mit der allgemeinen Verschlechterung der politischen und sozialen Indikatoren der Pressefreiheit zusammenhängen. Diese Entwicklungen weisen zudem auf eine wachsende Feindseligkeit der Regierung gegenüber der Presse sowie auf allgemein wachsenden Druck auf ebendiese hin.

### Signifikante Rückschritte in Lateinamerika

In denjenigen Ländern, in denen Banden des organisierten Verbrechens Medienschaffende im letzten Jahr getötet haben, sind deutliche Rückschritte hinsichtlich der Pressefreiheit zu erkennen. **Ecuador** (125, -31) etwa fällt um 31 Plätze zurück, nicht zuletzt, weil die beiden Journalisten Darwin Baque und Patricio Aguilar 2025 im Land getötet wurden. In **Peru** (144, -14) wurden in der gleichen Zeit gleich vier Medienschaffende getötet, was zu einem Rückschritt von 14 Plätzen geführt hat. Währenddessen sind die Garantien und Rahmenbedingungen für die Pressefreiheit in **Venezuela** (159, +1) trotz der Freilassung einiger Medienschaffender Anfang 2026 nach wie vor unklar und unsicher. **Kuba** (160, +5) durchläuft derweil eine tiefgreifende Krise, welche die wenigen verbleibenden Medienschaffenden im Land nach wie vor dazu zwingt, verdeckt und im Verborgenen zu arbeiten. Und die Medienlandschaft in **Nicaragua** (168, +4) liegt nach wie vor in Ruinen und ist geprägt von systematischer Repression und anhaltend desolaten Arbeitsbedingungen für Medienschaffende.

## Methodologie

Die vollständige und detaillierte Methodologie zur Ermittlung der jährlichen Rangliste der Pressefreiheit von RSF [finden Sie hier](#).

Über die Jahre und Jahrzehnte hat RSF die Methodologie der Rangliste aktualisiert, damit sich diese mit der Zeit mit- und weiterentwickeln kann. Diese Verbesserungen werden jeweils in Zusammenarbeit mit einem ausgewählten Expertengremium durchgeführt, das sich aus international renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammensetzt.

Die vergleichende Analyse der Ranglisten über den Zeitraum zwischen 2002 und 2026 erstreckt sich über mehrere Phasen. Die Methodik und die Schwellenwerte, ab denen die Situation der Pressefreiheit in einem Land als «gut», «zufriedenstellend», «problematisch», «schwierig» und «sehr schwierig» eingestuft wird, haben insbesondere zwei Mal auf bedeutende Weise geändert: Im Jahr 2013 und im Jahr 2022, wo jeweils umfassende Überarbeitungen nötig waren. Um die Jahre vor der Überarbeitung von 2013 mit der heutigen Situation vergleichen zu können, haben wir die Schwellenwerte zwischen 2002 und 2022 vereinheitlicht. In dieser Periode waren die Werte umgekehrt als heute: 0 bedeutete die bestmögliche Situation, 100 die schlechtestmögliche. Um diese Werte mit den Rankings nach 2022 vergleichen und auf eine gemeinsame Achse übertragen zu können, wurden sie auf eine aufsteigende Skala umgestellt, auf der 100 als höchster Wert gilt.

Die neu ausgearbeitete Methodik von 2022 hat es uns ermöglicht, unser Ranking mit besser lesbaren und detaillierteren Werten darzustellen. Dies geschah auch durch die Einführung der heute noch gültigen fünf Hauptkategorien, die die Rangliste der Pressefreiheit verständlicher machen: Der politische, der rechtliche, der ökonomische und der soziokulturelle Indikator sowie, als fünfte Kategorie, die verschiedenen Formen, die vor allem physische Bedrohungen der Pressefreiheit weltweit annehmen können. Damit soll die Gesamtsituation der Pressefreiheit besser erfasst und einfacher lesbar sein.